



der Freien Demokraten im Reutlinger Gemeinderat

Sparen allein hilft gar nicht FDP will angesichts der Haushaltsmisere für Reutlingen Strukturreformen und neue Wege

„Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ hat die FDP im Reutlinger Gemeinderat der Haushaltssatzung 2021 mit vom Regierungspräsidium geforderten Änderungen zugestimmt. „Die Stadt braucht endlich einen Haushalt“, betonte Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck. Die RP-Kritik am beschlossenen Etat könne er nicht nachvollziehen. „Während das Land kräftig auf Pump lebt, dreht es der Stadt einfach den Geldhahn zu“, wunderte sich Kluck, „offenbar will man uns mit dieser Politik zu Steuer-Erhöhungen zwingen“. Die Stadt müsse ihre Kredit-Aufnahmen deutlich zurückfahren, während das Land so viele neue Schulden mache, dass es dafür sogar vom Rechnungshof heftig gerügt werde. Der liberale Stadtrat kritisierte, dass man die großen Städte in der Krise einfach hängen lasse. Dabei seien Städte wichtige Orte für Menschen: „Sie gestalten das Leben vor Ort. Sie investieren in die Zukunft, in frühkindliche Bildung, in die Schulen, in die Innenstädte, in das Gesundheitssystem, den ÖPNV, den Klimaschutz, die Digitalisierung. Dafür brauchen sie finanzielle Stabilität und Planbarkeit.“ Hagen Kluck erinnerte aber auch an die ständige Mahnung der FDP, dass die Stadt ihre Ausgaben kritisch überprüfen muss. Wir müssen vor allem runter von den hohen Personalkosten: „Das könnte mit der Ausgliederung der städtischen Kinder-Betreuungs-Einrichtungen in eine gemeinnützige GmbH gelingen, an der auch die GWG-Wohnungsgenossenschaft beteiligt wird. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir auch nicht in die Kasse der GWG gegriffen, sondern ihr städtische Grundstücke verkauft und ihr Aufgaben wie das Gebäudemanagement übertragen.“ Wenn das RP jetzt indirekt Steuererhöhungen anmahne, sei das unlogisch. „Wenn Handel, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen weniger Steuern zahlen, weil sie keine oder weniger Gewinne machen, kann man doch nicht die Gewerbesteuern erhöhen“, wunderte sich Kluck, „und wenn wir unter Wohnungsmangel leiden, kann man doch das Bauen nicht durch erhöhte Grundsteuern verteuern“.



Am RP gescheitert: der städtische Haushalt. RTF1-Bild



GEA-Bild (JÜSP) von der Preisverleihung vor dem Naturkundemuseum: FDP-Stadtverbandsvizechef Dirk Mrotzeck, Stadträtin Regine Vohrer, Heide Barth und Daniel Bergers von der Mobilen Jugendarbeit, Stadträtin Sarah Zickler und Julius-Vohrer-Sohn Carlo.

Mobile Jugendarbeit geehrt Der JULIUS-VOHRER-PREIS 2021 geht an die Reutlinger Hilfe-zur-Selbsthilfe-Streetworker

Stadtverband und Gemeinderatsfraktion der FDP haben den JULIUS-VOHRER-PREIS 2021 FÜR BÜRGER-SCHAFTLICHEN EINSATZ IN REUTLINGEN der Mobilen Jugendarbeit der Hilfe zur Selbsthilfe zuerkannt. Die Preisvergabe erfolgt in Anerkennung der Hilfe für ausgegrenzte und benachteiligte Jugendliche. Die Schaffung stabiler Vertrauensverhältnisse hilft jungen Menschen, selbstwirksam zu werden, sich für eigene Interessen einzusetzen und sich im Gemeinwesen zu engagieren. „Insbesondere in diesen Zeiten, in denen junge Menschen stärker als andere von Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie betroffen waren und immer noch sind und soziale wie digitale Ungleichheiten verstärkt sichtbar wurden und sich weiter verschärft haben, ist es wichtig, an diesen Stellen Unterstützung zu leisten und zuverlässig ansprechbar zu sein“, betonten der stellvertretende FDP-Stadtverbandsvorsitzende Dirk Mrotzeck und Stadträtin Regine Vohrer. Der mit 1000 Euro dotierte Preis wird jährlich verliehen, weil sich eine moderne und lebendige Gesellschaft durch Demokratie und Teilhabe, durch Mitdenken und Mitreden, durch Mitentscheidung und Mitarbeit auszeichnet. Die Liberalen erinnern damit an das vorbildliche Engagement ihres verstorbenen Kreis- und Stadtrates Julius Vohrer. Das Preisgeld fließt zu einem Teil in den Nothilfefonds der Mobilen Jugendarbeit, ein anderer Teil wird für den Ausbau der Digitalisierung verwendet: „Der Julius-Vohrer-Preis kommt genau zur richtigen Zeit“, freute sich Daniel Bergers. Es gehe „um einen respektvollen Umgang auf allen Ebenen“ und darum, „für die Jugendlichen da zu sein, damit sie ihren eigenen Weg finden“, stellte Heide Barth fest. In den letzten Monaten beschäftigte die Mobile Jugendarbeit vor allem die erschwerte Erreichbarkeit des Jobcenters, die in nicht wenigen Fällen dazu führte, dass es zu Schulden, Mietrückständen und Obdachlosigkeit kam. Prekäre Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse, Drogenprobleme oder die Begleitung von jungen Müttern stellt die Streetworker ebenfalls vor immer wieder neue Herausforderungen.

Super-Erhöhung abgelehnt FDP gegen Ausweitung des Anwohner-Parkens mit einer Vervierfachung der Gebühren

Die FDP ist gegen eine Vervierfachung der Gebühren für das Anwohner-Parken. Sarah Zickler bezeichnete die Erhöhung von 30 auf 120 Euro als unzumutbar. Unter diesen Umständen lehne die Fraktion auch eine Ausweitung der Anwohner-Parkzonen ab. Mit den verteuerten Anwohner-Parkausweisen treffe man gerade die Autofahrerinnen und Autofahrer, die über keinen eigenen Parkraum verfügten. Außerdem könnten zu hohen Gebühren die Tendenz verstärken, aus grünen Vorgärten versiegelte Abstellplätze zu machen. Die Neuregelung ziele darauf ab, Neidinstinkte zu stimulieren und die individuelle Mobilität zu diskreditieren, also das Auto zu diskriminieren. Wenn die Stadt hier so ungeniert abkassiere, sei der Weg geebnet, auch andere Nutzungen wie beispielsweise Fahrradabstellanlagen gebührenpflichtig zu machen. Der Antrag von Grünen und Linken, Halter von VW-Bussen und SUVs noch zusätzlich zu belasten, lehnten die Liberalen ebenfalls ab. Sie zeigten sich erleichtert, dass wenigstens dieses Ansinnen keine Mehrheit im Gemeinderat fand. Bislang waren die Gebühren fürs Anwohnerparken auf 30 Euro im Jahr gedeckelt. Nach einer Gesetzesänderung übertrug die grün-schwarze Landesregierung das Recht zur Festsetzung der Gebühren auf die Kommunen. Der ADAC hat die Gesetzesänderung kritisiert. „Parkmöglichkeiten für Anwohner müssen bezahlbar bleiben“, erklärte ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand, „die Möglichkeit, nah am Wohnort zu parken, darf keine soziale Frage werden.“ Stadtrat Hagen Kluck wunderte sich in der Ratsdebatte über den Begriff „Von der autogerechten zur menschengerechten Stadt“ in einer Präsentation der Stadtverwaltung. „Sind Autofahrer denn keine Menschen?“ wollte er wissen.



Die Aufschrift täuscht: Anwohner können ihr Auto in den für sie reservierten Zonen nur gegen jetzt kräftig erhöhte Gebühren abstellen. Und einen garantierten Parkplatz kriegen sie dafür auch nicht.



Was in Überlingen geht, müsste in Reutlingen auch möglich sein.

Gute Ideen für die Stadt Mehrere liberale Anträge zur Verbesserung der Lebensqualität im Reutlinger Alltag

Mit mehreren Anträgen steuert die FDP-Fraktion im Gemeinderat gute Ideen zur Verbesserung der Lebensqualität im Reutlinger Alltag bei. Von einer dürften besonders Foto-Touristen profitieren: Auf dem Echaz-Ufer im Bürgerpark soll der Schriftzug REUTLINGEN angebracht werden. Wenn Besucherinnen und Besucher der Stadthalle in die Altstadt gehen, sollten sie auf dem Echaz-Ufer so besonders begrüßt werden. In Städten wie Überlingen (siehe Bild), Amsterdam und Toronto gibt es gute Beispiele für eine solche Werbung. Die Gäste der Stadt könnten den Schriftzug zusammen mit dem Tübinger Tor im Hintergrund gut als Kulisse für ein Erinnerungsfoto nutzen. Der zweite Antrag betrifft die gesperrte Spur bei der Mess-Station in der Lederstraße. Sie soll nach Abschluss der Bauarbeiten für E-Autos freigegeben werden. Da E-Autos kein Stickoxid ausstoßen, sollten sie die Straße nutzen können. Dies wird nach Auffassung von Stadträtin Sarah Zickler zur Gesamtentlastung des Verkehrs führen und somit allen Verkehrsteilnehmer etwas bringen. In einem weiteren Antrag fordern die Liberalen die Stadtverwaltung auf, die trotz Tempo 30 immer wieder zu beobachtende Raserei auf dem Königsträssle und dem Achalmer Strässle nachhaltig zu unterbinden. Bisher schritt die Stadtverwaltung dagegen nur punktuell mit einem mobilen Blitzer ein. Das sorgte allerdings immer nur kurzzeitig für die Einhaltung des Tempolimits. Deshalb sind weitere Maßnahmen erforderlich.

Rathaus normal öffnen Angesichts der angestiegenen Impfquote ist die FDP-Fraktion gegen weitere Corona-Auflagen

Das Rathaus und alle städtischen Dienststellen sollen nach dem Willen der FDP wieder „normal“ geöffnet sein. Nach der aktuellen Corona-Verordnung der Landesregierung sind laut Stadträtin Regine Vohrer die Wege zu einer Rückkehr zur Normalität geebnet. Wenn Geimpfte, Genesene und negativ Getestete alle anderen Geschäfte wieder betreten dürfen, müsse dies auch im Rathaus und den städtischen Dienststellen möglich sein.